

**Resolution
verabschiedet vom
48. DPT**



**48. Deutscher Psychotherapeutentag
8./9. Mai 2026 in Travemünde**

Honorarkürzungen nicht hinnehmbar!

Die Entscheidung des Erweiterten Bewertungsausschusses zur Kürzung der Honorare für psychotherapeutische Leistungen um 4,5 Prozent sowie die weiteren massiven Einschnitte, die mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz vorgesehen sind, treffen auf ein Versorgungssystem, das bereits seit Jahren unter erheblichem Druck steht. Psychische Erkrankungen haben in der Bevölkerung, insbesondere bei jungen Menschen, deutlich zugenommen. Zahlreiche globale politische Krisen, weltweite wirtschaftliche Umbrüche, steigende Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und sinkender gesellschaftlicher Zusammenhalt lassen die psychischen Belastungen weiter wachsen. Die Nachfrage nach psychotherapeutischer Behandlung ist kontinuierlich gestiegen mit der Folge von langen Wartezeiten auf Therapieplätze. Gleichzeitig geraten auch Psychotherapeut*innen angesichts steigender Mieten, Personal- und weiterer Praxiskosten sowie Inflation zunehmend unter wirtschaftlichen Druck. Unter diesen Umständen Honorare zu kürzen, ist aus Sicht des Deutschen Psychotherapeutentages (DPT) absolut inakzeptabel.

Die Behauptung des GKV-Spitzenverbandes, die Honorare der Psychotherapeut*innen hätten zehn Prozent über dem Durchschnittshonorar der fachärztlichen Vergleichsgruppen gelegen, ist unredlich, fachlich falsch und Ausdruck einer Desinformationskampagne. Nach Abzug der Praxiskosten liegt der durchschnittliche Überschuss bei circa 52 Euro pro Arbeitsstunde, von allen Facharztgruppen der mit Abstand geringste Ertrag. Das zugrundeliegende Berechnungsmodell ist in vielfacher Sicht völlig unangemessen. Außerdem liegt ein offensichtliches Missverständnis vor, wenn die Urteile des Bundessozialgerichts als Leitplanken für eine Maximalvergütung statt einer Mindestvergütung verstanden werden.

Die aktuellen Einschnitte in die Psychotherapie reihen sich zugleich ein in weitere massive Eingriffe und Kürzungen in unserem Sozialstaat, die vorrangig vulnerable und benachteiligte Gruppen treffen. Es geht auch um den Schutz der Schwächsten der Gesellschaft, die zunehmend von Entsolidarisierung betroffen sind.

Gravierende finanzielle Einschnitte in einem Bereich mit wachsendem Behandlungsbedarf und hoher gesellschaftlicher Bedeutung stehen im Widerspruch zu den Versorgungsrealitäten

und untergraben die Bemühungen, psychische Gesundheit nachhaltig zu stärken. Erforderlich sind auch zukünftig verlässliche und effektive Rahmenbedingungen für die wichtige Arbeit unserer Profession:

Vor diesem Hintergrund fordert der DPT:

- Das Bundesministerium für Gesundheit auf, den Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses zu beanstanden.
- Die Rücknahme der Honorarkürzung für Psychotherapie und die sachgerechte Weiterentwicklung der Berechnungsgrundlagen für die Mindestvergütung psychotherapeutischer Leistungen durch den Erweiterten Bewertungsausschuss.
- Keine weiteren Einschnitte und Kürzungen in der psychotherapeutischen Versorgung, wie sie derzeit noch im GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz vorgesehen sind.
- Eine gesetzliche Regelung, die eine angemessene Vergütung psychotherapeutischer Leistungen zukunftsfest gewährleistet und den Veränderungen in Praxisstrukturen und Arbeitszeiten in der fachärztlichen Versorgung ausreichend Rechnung trägt.
- Die Sicherstellung einer flächendeckenden psychotherapeutischen Versorgung insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen und sozial benachteiligten Quartieren durch eine Reform der Bedarfsplanung.
- Abwehr aller Angriffe auf die wissenschaftlich anerkannten Psychotherapieverfahren und deren unterschiedliche Arbeitserfordernisse.